

Bern, 14. Juni 2022

Die SUB feiert den feministischen Streik!

Im universitären Kontext bestehen weiterhin strukturelle Ungerechtigkeiten. Die Untervertretung unterschiedlicher Personen in Lehre, Forschung und Verwaltung – insbesondere LGBTQ+ sowie Schwarze Personen und People of Color – ist problematisch. Für die SUB steht fest, dass die Universität Bern umfassender und entschlossener handeln und konkrete Massnahmen im Bereich Gleichstellung und Chancengleichheit ergreifen muss.

Am 14. Juni 2019 protestierten rund 2000 Menschen auf der Grossen Schanze gegen Sexismus, sexuelle Belästigung, Ungleichbehandlung, Diskriminierung und Ignoranz bezüglich geschlechtergerechter Sprache, non-binärer Geschlechtsidentität und der Vielfalt sexueller Orientierungen an der Universität Bern. Wenn der feministische Streik eines gezeigt hat, dann dass der Handlungsbedarf in diesem Bereich erkannt und Massnahmen gefordert werden. Der Streik war ein Erfolg, doch das Ziel der effektiven Gleichstellung ist noch lange nicht erreicht. Für die SUB ist klar: Der Kampf für Gleichstellung und Chancengleichheit an der Universität Bern geht weiter!

Seit 2019 hat sich Einiges getan. Zum einjährigen Jubiläum des feministischen Streiks griff die SUB 2020 die Diskussion über Gleichstellungsthemen erneut auf, um auf anhaltende Ungerechtigkeiten im universitären Kontext aufmerksam zu machen. Anlässlich der feministischen Sommeruni im Juni 2021 beteiligte sich die SUB mit einem Workshop zum Thema Intersektionalität. Im April 2022 verabschiedete die SUB ein neues Positionspapier, welches verschiedene Formen der Benachteiligung und Diskriminierung in ihren Verschränkungen und Wechselwirkungen betrachtet. Weil die bestehenden universitären Strukturen von sich überschneidenden Machtverhältnissen geprägt sind, muss auch der Kampf für effektive Gleichstellung und Chancengleichheit intersektional geführt werden.

Die SUB fordert von der Universität Bern eine Reorganisation des Wissenschaftsbetriebs nach Strukturen, die nicht-diskriminierend sind. Als Bildungsinstitution ist die Universität Bern in die Gesellschaft eingebettet und kann folglich nicht losgelöst von gesellschaftlichen Machtstrukturen betrachtet werden. Wir fordern, dass sie ihre Vorbildfunktion wahrnimmt und sich an diesem intersektionalen Kampf gegen gesellschaftliche Machtstrukturen beteiligt. Wir fordern, dass die fehlende Repräsentation und Mitbestimmung diverser Personengruppen sowie die daraus resultierenden weitreichenden Implikationen auf die Produktion und die Vermittlung von Wissen anerkannt und angegangen werden.